

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 22

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

noch vor, die weltanschauliche Zukunft zu vertreten.

Etwas anderes, was in der Vorwahlzeit aus dem Rahmen fiel, wurde hingegen positiv vermerkt: die Konsumgüterversorgung, die besser war als sonst.

Wahlresultate

Bei den Wahlen selbst war, wie schon gesagt, bloss die Frage der Beteiligung von tatsächlichem Interesse.

Laut offizieller Version betrug sie 78,8 Prozent. Und das bedeutet, dass jeder fünfte Erwachsene der Urne ferngeblieben ist, obwohl er sich davon nur persönliche Nachteile versprechen konnte. Wieviel Zustimmung bei den andern vier Fünfteln vorhanden war, bleibt offen, aber 21 Prozent der Leute sind bereit, sich ihre Verweigerung etwas kosten zu lassen, und so be-

trachtet ist das ein enormer Prozentsatz. Bei den letzten Parlamentswahlen vom März 1980 hatte man noch eine Beteiligung von 98,8 Prozent ausgewiesen.

Wo ist da der «grosse Sieg des Sozialismus», den der Regierungssprecher Jerzy Urban verkündete?

In Moskau sprach ihrerseits die «Prawda» (17. 10. 1985) vom Sieg des Sozialismus «über die Machenschaften der subversiven Zentren (... des Westens) und über die einheimische Konterrevolution». Aber entgegen ihren sonstigen Gepflogenheiten unterliess es die «Prawda», die Wahlbeteiligung genau zu beziffern, obwohl das für einmal interessant gewesen wäre. Was ist das für ein Sieg, dessen Ausmasse man verschweigen muss?

Gegendarstellung

Dazu kommt noch etwas anderes. Es gibt keinen Anlass zu glauben, dass die offiziellen Zahlen auch die richtigen sind.

Laut unterschiedlichen Gesamtschätzungen aus Solidarnosc-Kreisen war die tatsächliche Gesamtbeteiligung um 10 bis 15 Prozent tiefer als die amtliche.

In etlichen Städten hat die Solidarnosc ihre eigenen Berechnungen durchgeführt und die Ergebnisse vorgelegt: Warschau 60 Prozent Stimmbeteiligung, Breslau 45 %, Danzig 45 %, Krakau 49 %, Lodz 51 %.

Laut den Angaben der Solidarnosc hat nur die Landbevölkerung bei den Wahlen massiv mitgemacht (weil in den kleinen Ortschaften die Leute leichter zu kontrollieren sind?). Das Regime selbst hat seinerseits interessanterweise bloss globale Zahlen veröffentlicht und keine territoriale Aufschlüsselung vorgelegt.

Die Solidarnosc hat auch versucht, die Proportionen nach Altersgruppen und Berufsgruppen zu eruieren. Am stärksten unterstützt wurde demnach der Boykott von den Wahlberechtigten zwischen 18 und 30 Jahren, von den Studenten und Arbeitern. Dass umgekehrt die Kategorie der Funktionäre ihrer regimeerklärten Pflicht hochprozentig nachgekommen ist, versteht sich eigentlich von selbst.



Die Solidarnosc-Leute, welche die Boykottbewegung organisierten, wussten im vornherein, dass sie sich damit exponierten und entsprechende Risiken eingingen. Es sind Abrechnungen zu erwarten.

Gegen Lech Walesa hat man wegen seinen kritischen Bemerkungen zur Wahlprozedur ein strafrechtliches Verfahren eingeleitet. Nach den für sozialistische Verhältnisse abnormen Zuständen der Parlamentswahlen kann man zur Normalität zurückkehren. Und da ist die Polizei am Zuge.

Bohdan Gorski

Alltag drüben

Kindergärten in der DDR

Künftig sollen die Heranwachsenden in der DDR noch intensiver als bisher politisch geschult werden.

Die Mädchen und die Jungen seien «von klein auf zur kommunistischen Moral» zu erziehen. Hat doch schon Lenin die Ethik als eine Ausdrucksform des sozialen Bewusstseins bezeichnet. Diese Forderung enthält ein Grundsatzartikel der Leiterin der Abteilung «Vorschul-erziehung» im Ostberliner Volksbildungsministerium, das von Erich Honeckers Ehefrau Margot geleitet wird. Unter der Überschrift «In der pädagogischen Arbeit das Beste leisten» schreibt die Autorin Elvira Hepke im Fachblatt «Neue Erziehung im Kindergarten», dass die politischen Anweisungen beachtet werden müssen. Es ist auffällig, dass im Text der Begriff «kommunistische Moral» immer wieder benutzt wird. Bisher war in der Regel nur von «kommunistischer Erziehung» die Rede.

Die Äusserungen der Abteilungschefin sollen strikt in die Tat umgesetzt werden. In der DDR sind zurzeit 2 Millionen Mütter und Väter, die ihre Sprösslinge den nach einem zentralen Erziehungs- und Bildungssystem gesteuerten Krippen und Kindergärten anvertrauen.

Die Verfasserin verweist auf die vor kurzem erlassene neue «Kindergartenordnung», die Beschlüsse des zehnten SED-Parteitag und Weisungen des Volksbildungsministeriums unbedingt einhalten soll. Zu den Forderungen an die Kindergärtnerinnen gehören: «Die Erziehung der Jungen und Mädchen zur engen Verbundenheit mit unserem sozialistischen Vaterland, zum Frieden, zur Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Bruderländern, zur Achtung der Arbeit der Werktätigen und jener Menschen, die unsere Heimat schützen, sowie die Herausbildung sittlicher Gewohnheiten ist eine Aufgabenstellung, die vom jüngsten Alter an zu realisieren ist.»

Es wird indirekt eingeräumt, dass manche Eltern mit den 12 800 DDR-Kindergärten unzufrieden sind. «Vor allem gilt es, noch vertrauensvoller mit den Müttern und den Vätern zusammenzuwirken.» Jede Erzieherin müsse wissen, was die Eltern bewege.

Der Zulauf und die langen Wartezeiten für die wenigen kirchlichen Kindergärten in der DDR beweisen, wie viele Eltern die individuelle Erziehung der staatlichen vorziehen. Die Initiative vieler Eltern ging sogar so weit, dass Mütter aus dem Bereich der kirchlich geprägten «Frauen für den Frieden» eigene Kinderläden gründeten.

Siegfried Röder



Die repräsentative konservative Zeitschrift

Aufsätze und Kommentare aus allen Bereichen des Geisteslebens (Politik, Philosophie, Medien, Geschichte, Kultur, Militär)

Erscheint zweimonatlich

- Ich bestelle eine kostenlose Probenummer
- Ich abonniere CRITICON (Jahrespreis 57 DM)

Criticon Verlag,
Knöbelstrasse 36, 8000 München 22

Zur CH-Asylpolitik

Zehn Merkpunkte

Als seinerzeitiger Ostflüchtling vom Jahr 1948 habe ich mir zur Asylthematik einige Gedanken gemacht und möchte sie im Sinn eines Diskussionsbeitrages vorlegen:

1. Schon «wer Augen hat, zu sehen», ist unter totalitärer Herrschaft *potentiell* ein politisch Verfolgter. In ihm steigt die Entrüstung über die Ungerechtigkeit und die Unmenschlichkeit des Systems, und wenn er sie nicht mehr schlucken kann und etwas sagt, dann ist das der Augenblick, in dem er auch *faktisch* zum politisch Verfolgten wird. Aber dann ist es zu spät, um – aus Gefängnis oder Irrenanstalt – in Bern um Gutheissung von Fluchtgründen nachzusuchen.

2. Die Bedrohlichkeit der «normalen» Situation kann mit einem politischen Witz illustriert werden. Drei Häftlinge tauschen Erfahrungen aus. Der erste: «Bei mir haben sie eine Presse für Samisdat gefunden; zwanzig Jahre.» Der zweite: «Bei mir haben sie verbotene Flugblätter gefunden; zehn Jahre.» Der dritte: «Bei mir haben sie nichts gefunden, weil ich auch nichts Verbotenes getan hatte; trotzdem fünf Jahre.» Der erste: «Aber dann muss ein Justizirrtum vorliegen. Für Unschuldige gibt es sonst nur drei Jahre.» Frage: Wer ist unter solchen Umständen *nicht* politisch bedroht?

3. Wer die Zustände und die Umstände in totalitären Staaten nicht kennt, sollte seine politische Bildung verbessern, bevor er sich für befugt hält, über Flüchtlinge aus dem Ostblock zu urteilen.

4. Europäer passen sich einem europäischen Asylland leichter an als Nichteuropäer. Diese Tatsache spricht für Ostflüchtlinge, weil sich nach der Asylfrage auch die Eingliederungsfrage stellt.

5. Auch unter den Ostflüchtlingen wird es sicherlich Spione geben, aber hundertmal weniger als unter UNO-Funktionären, Diplomaten, Nowosti-Mitarbeitern und andern Leuten, die zu unverdächtigen Kategorien gehören.

6. Drogenhandel, Vergewaltigungen, Messerstechereien und Einbrüche sind sicherlich nicht weniger kriminell, wenn sie von Asyl-

bewerbern während ihrer jahrelangen Wartezeit begangen werden. Aber die psychologische Belastung durch die Ungewissheit erhöht die Anfälligkeit für Straftaten; Asylanten haben es auch in dieser Hinsicht schwerer.

7. Unter den Ostflüchtlingen finden sich keine wohlhabenden Kunden organisierter Schmugglerbanden, wie sie unter Mitherrschaft kommunistischer Regimes die Schweiz überfluten.

8. Der Unterschied zwischen politischen und wirtschaftlichen Asylsuchenden ist nicht so leicht festzustellen, wie es den Anschein hat. Wenn ein Jugendlicher wegen «reaktionärer» Eltern am Studium gehindert wird; wenn ein Staatsbeamter vor die Wahl gestellt ist, entweder Verfügungen zu treffen, die mit seinem Gewissen unvereinbar sind, oder seine Stelle zu verlieren; wenn ein Künstler zum Stillschweigen verurteilt wird, weil er politisch unliebsam ist: was ist die jeweilige Person, wenn sie flieht?

9. Aus der schweizerischen Neutralität ergibt sich kein Anspruch an den freiheitlichen Rechtsstaat, Anhänger wie Opfer des Totalitarismus mit der gleichen Bereitwilligkeit aufzunehmen.

10. In einem Rechtsstaat müssen die Gesetze befolgt werden, aber sie lassen sich auslegen. Wer hat ein Interesse daran, sie zu *ungunsten* der Ostflüchtlinge auszulegen? *Walter Bauer*

Zwei Zusatzpunkte

Mit Interesse habe ich im ZeitBild Ihre Ausführungen zur schweizerischen Asylpolitik und jetzt auch die Stellungnahme von Bundesrätin Kopp gelesen. Dabei hat es mich überrascht, dass zwei Punkte nicht berücksichtigt worden sind:

1. Die Länder des realen Sozialismus schliessen sich vollständig ab, vor allem gegenüber Staaten der Ersten und der Dritten Welt. Es müsste somit misstrauisch machen, wenn plötzlich über Moskau und Ostberlin ansehnliche Massen von «Flüchtlingen» aus der Dritten Welt

nach Westeuropa gelangen. Damit wird nicht nur die westliche Flüchtlingspolitik über den Haufen geworfen, sondern auch – wie Sie richtig feststellen – Stimmung gegen echte politische Flüchtlinge gemacht. Die von Ihnen publizierten Zahlen machen das deutlich: Von 2500 Asylbewerbern stammen nur gerade 179 aus dem Ostblock; demgegenüber zählt man fast 1000 Türken und über 600 Tamilen. Wie wäre es, wenn man die Präsumpation anwenden würde: Wer im Transit über einen Oststaat in die Schweiz kommt, gilt bis zum Beweis des Gegenteils nicht als politischer Flüchtling.

2. Es scheint mir nicht nur menschenrechtswidrig, sondern ganz einfach verwerflich und einer schweizerischen Behörde unwürdig zu sein, abgewiesene Asylbewerber aus kommunistischen Diktaturen selbst dann in ihre Herkunftsländer zurückzuschaffen, wenn sie wegen «Republikflucht» eine Gefängnisstrafe riskieren. Man soll ihnen die Ausreise in ein Land ihrer Wahl ermöglichen und ihnen bei der Beschaffung der erforderlichen Unterlagen behilflich sein. Das wäre ein Aktionsgebiet für kirchliche Kreise, das sinnvollen Einsatz ermöglichen würde anstelle des jetzt gepflegten, oft rechtswidrigen Tuns. Bis zur Weiterreise sollten abgewiesene Ostflüchtlinge in der Schweiz toleriert werden, sofern man sie nicht überhaupt als Gastarbeiter hier behalten will. Warum sollten die Ostflüchtlinge schlechter sein als andere Gastarbeiterkontingente, denen unser Land offensteht?

Max Keller

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031-43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616-5

Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M.
(BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise Inland
Jahresabonnement Fr. 45.–
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 25.–
Einzelnummer Fr. 2.–

Abonnementspreise Ausland
Europa + Mittelmeerlande
Jahresabonnement sFr. 50.–/DM 57.–/
Luftpost sFr. 55.–
Studenten, Lehrlinge und Schüler
sFr. 30.–/DM 34.–
Einzelnummer sFr. 2.50/DM 2.80

Übersee
Jahresabonnement Luftpost sFr. 60.–